

## **Gedanken zum Wasserrat am 26.1.2017**

Bei unseren Reflexionen zur Demokratisierung der BWB gibt es verschiedene Perspektiven, die nicht gegeneinander gestellt werden sollten, weil sie verschiedene Zielrichtungen haben, und damit geht es nicht um ein Entweder Oder. Vielmehr sollten wir von unseren Gemeinsamkeiten ausgehen, um zu sehen, in wie weit die verschiedenen Modell zum Erreichen unserer gemeinsamen Ziele geeignet sind und/oder sich ggf. ergänzen. Vor allem sollten wir uns aber nicht mehr davon abhalten lassen, unsere Forderungen, über die Klarheit besteht, jetzt an den neuen Senat zu richten.

**Bitte ergänzt diese Liste, so dass wir sie ggf. beim Wasserrat beschließen können.**

Deshalb will ich hier noch einmal mit den **Gemeinsamkeiten** beginnen (und stütze mich dabei auch auf die Thesen von Hermann Wollner):

1. Die Versorgung mit hochwertigem Trinkwasser und eine ebenso hochwertige Abwasserwirtschaft ist ein **Gemeingut**. Das bedeutet, dass die Wasserwirtschaft nicht für den Markt produziert, sondern ein Mittel unserer Daseinsvorsorge darstellt. Entscheidungsorgane der landeseigenen Einrichtung sind damit nicht dem „Wohl der Anstalt“, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet.
2. Erster dafür notwendiger Schritt ist die Auflösung der immer noch privatrechtlichen Struktur der BWB, erst dann kann von einer realen Rekommunalisierung gesprochen werden.
3. Verfassungsmäßiger Souverän von Berlin sind seine Bürgerinnen und Bürger. Als Souverän haben sie wesentliche Entscheidungen landeseigener Einrichtungen, Anstalten und Betriebe der Daseinsvorsorge zu treffen, sowie andere Entscheidungen zu beraten bzw. zu kontrollieren.
4. Die Bewohner und Bewohnerinnen von Berlin sind nicht nur rechtlich in ihrer Gesamtheit der Souverän, sondern dadurch, dass ihre Zahlungen die Kosten der landeseigenen Einrichtungen vollständig decken. Sozial gesehen sind sie Eigentümer derselben. Davon leitet sich ein Recht auf Offenlegung der Verwaltung, ihrer Mittel und höchstmögliche Transparenz ab.
5. Nur so ist das Ziel, die BWB als ein bisher renditeorientiertes Unternehmen in ein am **Gemeinwohl orientiertes Unternehmen zu transformieren**, möglich. Der Senat und die politischen Parteien ebenso wie die Geschäftsführung der BWB verfolgen dieses Ziel bisher nicht. Im Gegenteil liegt ihr Interesse weiter in der Erzielung einer möglichst hohen Rendite zur angeblichen Sanierung des Berliner Haushalts. Gemeinwohlorientierung heißt dagegen: „Wasser bezahlt Wasser“, d.h. alle Gelder der Wasserkunden und -kundinnen müssen ausschließlich für Wasser verwendet werden, also in den BWB verbleiben.
6. Unsere Ziele stehen im Widerspruch zur bisherigen vom Senat und den BWB betriebenen Wasserpolitik in der Stadt und können deshalb nur durch mehr Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen erreicht werden. Damit stellt sich die Frage, wie diese in Zukunft enger in die Entscheidungsfindung der BWB einbezogen werden können.

**Aus all dem ergeben sich als erste konkrete Schritte, die wir als Forderungen an die neue Koalitionsregierung richten:**

1. **Eine Änderung des Berliner Betriebe-Gesetzes mit dem Ziel, die darin enthaltene Verpflichtung der landeseigenen Betriebe zu Gewinnerwirtschaftung, aufzuheben.**
2. **Eine Trennung des neu gegründeten Stadtwerks aus der Struktur der BWB .**

**Als längerfristiges Ziel sollten wir immer wieder die Gemeinwohlorientierung hervorheben.**

### **Aber wie ist der Weg zu mehr Beteiligung?**

Dazu wurden bisher im Wesentlichen 2 Modelle vorgestellt, die auf unterschiedliche Ebenen abzielen:

1. **Modell A:** Eine Umstrukturierung der innerbetrieblichen Entscheidungsstruktur in den BWB zielt auf eine langfristige Abschaffung des Aufsichtsrates und eine neue Struktur des Verwaltungsrates hin mit mehr Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen ab.  
Zur Durchsetzung dieses anspruchsvollen Ziels wird ein erneuter Volksentscheid nicht ausgeschlossen.
2. **Modell B** fokussiert direkt auf die Bürgerinnen und Bürger und wie sie sich aktiv in die Wasserpolitik einbringen können und damit von außen auf die Entscheidungsfindung in den BWB Einfluss nehmen können. Kern dabei sind zwei Gremien: Wasserrat und Zukunftsrat.

**Beide Zielrichtungen erscheinen notwendig und sollten von uns deshalb nicht weiterhin gegeneinander ausgespielt werden. Wir sollten beide deshalb nebeneinandergestellt diskutieren und damit endlich inhaltliche Fragen an die beiden Modell diskutieren, was in der Konfrontation bisher nicht möglich war.**

Dazu scheint es mir notwendig, dass wir gemeinsam Fragen an die beiden Modell formulieren, um so zu Vorschlägen zu gelangen, die von allen getragen werden können. Das verstehe ich als Ermunterung an alle, sich darüber schon vor dem Wasserrat Gedanken zu machen und sie ggf. kurz zu formulieren.